

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Die Dresdner Nachrichten erscheinen als Morgenblatt; die Sonntagsnummer schon am Sonnabendnachmittag, wöchentlich 7 Ausgaben. • Sie enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Dresden, des Schöleamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden und des Polizeipräsidenten in Dresden.

Zweiter Vergeltungsangriff auf Norwich

Wir schlagen zurück, solange es notwendig ist

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Berlin, 30. April. Das Oberkommando der Wehrmacht teilt zu dem neuen Vergeltungsangriff der deutschen Luftwaffe, der sich in der vergangenen Nacht wiederum gegen die Stadt Norwich richtete, noch ergänzend mit: Bei guter Sicht flogen starke deutsche Kampffliegerverbände die befohlenen Ziele an und lösten ihre Bomben zum Teil aus niedrigen Höhen über den einzelnen Bezirken der Stadt aus. Nach den Detonationen der Bomben entstanden zahlreiche Brände. Besonders in der Stadtmitte beobachteten die Besatzungen der deutschen Kampfflugzeuge mächtige Großfeuer. Beim Abflug konnten in Norwich weitestgehende Brände festgestellt werden. Alle deutschen Kampfflugzeuge kehrten wohlbehalten in ihre Einsatzbasen zurück. Dort lag am Tage vorher im deutschen Bombenhagel.



Scherl Bilderdienst (36) Hier griffen unsere Sieger zu

Aus anderer Quelle erfahren wir zu dem zweiten Vergeltungsangriff gegen Norwich noch, daß sich das englische Heuterbüro in diesem Zusammenhang wieder einmal eine hässliche Liebdebatte der Verlegenheit leistet. Es meldet nämlich amtlich, daß mehrere deutsche Kampfflugzeuge ernsthaft beschädigt wurden. Wir wissen aus den Mitteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht, daß alle beteiligten deutschen Kampfflugzeuge wohlbehalten in ihre Einsatzbasen

zurückkehrten. Die Engländer, die, und zwar obendrein in der Nacht, die „ernsthaften Beschädigungen“ feststellten, haben wohl durch ein Ghurhill-Hörnrohr geguckt. Mit einem derartigen Instrument entdeckt man ja sogar die gewaltigen Siege nach Bedarf; sei es über deutsche U-Boote, sei es an der sowjetischen Front, im Mittelmeerraum oder in Ostasien. Deshalb soll man also nicht auch ein paar Flugzeugbeschädigungen aus der Luft greifen, um der englischen Bevölkerung das völlige Fehlen von Abwehrerfolgen zu verschleiern. Im übrigen empfinden wir es als geschmacklos und apfeln, daß man in England jetzt die deutschen Vergeltungsangriffe mit dem Namen „Bader-Bombardement“ belegt. Es ist schwer zu entscheiden, ob eine derartige blutige Bemerkung erster Dinge jüdisch, britisch oder beides ist. Als typisch demokratisches Schlemm empfinden wir jedenfalls eine Auslassung des „Manchester Guardian“, der behauptet will, die Zerstörung der Kulturwerte in Lübeck und Rostock sei nur ein Zufall gewesen, und der schreibt: „Wir müssen die Zerstörung der ältesten Stadtteile von Lübeck und Rostock bedauern. Diese europäischen Kulturwerte sind nicht nur für Deutschland, sondern auch für uns selbst verlorengegangen. Wir können aber nicht bezweifeln, daß unsere Angriffe notwendig sind. Unsere Ziele waren militärisch; daß die Umgebung der Ziele historisch war, war ein Zufall.“ Nein, die Ziele waren nicht militärisch, sondern die britischen Flieger sind von vornherein darauf ausgegangen, Kulturwerte zu zerstören, die ja abseits militärischer Ziele lagen und in den besten Nächten klar zu erkennen waren. Ghurhill hat diese hinterhältige Art des Krieges gegen die Zivilbevölkerung bewußt eingeführt und der britischen Luftwaffe seit Mai 1940 immer wieder derartige empfindende Akte befohlen. Nach dem harten Geschehen im April 1941 schlagen wir zurück und werden Vergeltung üben, solange es notwendig ist.

Opfer der Terrorangriffe auf Rostock

Rostock, 30. April. Die britischen Terrorangriffe auf die Stadt Rostock haben nach den bisherigen Feststellungen bis zum 29. April 1942 163 Tote, davon 29 französische Kriegsgefangene gefordert.

Preis-Kommissar Dr. Fischböck: Preisdisziplin!

Berlin, 30. April. In einer Rundfunkansprache führte der Preis-Kommissar für die Preisbildung Minister a. D. Staatssekretär Dr. Fischböck aus:

Ich weiß, daß die Entwicklung der Preise seit Beginn des Krieges nicht allen Wünschen gerecht wurde. Die Verkäufer, und zwar Erzeuger und Händler, wünschen oft höhere Preise und begründen diese Forderung mit Argumenten, die manchmal viel für sich haben. Die Verbraucher ihrerseits beklagen sich darüber, daß schon jetzt auf manchen Gebieten zum Teil sehr empfindliche Preissteigerungen eingetreten seien, ohne daß ihr Einkommen deshalb gesteigert worden wäre. Es gibt in der Tat kriegsbedingte Preissteigerungen, die sich durch verlängerte Transportwege ergeben; ferner durch geänderte Rohstoff- und Materialaufteilung oder aber auch durch Veranziehung ungeübter Arbeitskräfte, die nicht so viel leisten können wie ihre im Felde stehenden eingearbeiteten Kameraden. Aber auch Verschiebungen im Verbrauch, die die Kriegswirtschaft notwendig macht, wirken sich oft für den Verbraucher kostenerhöhend aus: wenn einer z. B. genötigt ist, am Markt diejenigen Fleisch- oder Gemüsesorten zu beziehen, die gerade da sind, obwohl er sonst einer billigeren Qualität den Vorzug gegeben hätte.

Diese Ausgabenerhöhungen tragen das Merkmal der Kriegsercheinung in sich. Sie werden nach dem Kriege ganz von selbst wieder in Wegfall kommen, wenn eben die Transportverhältnisse wieder normal sind und die Waren zur freien

Auswahl wie früher zur Verfügung stehen. Solche Verteuerungen also können dem Verbraucher wohl zugemutet werden als Beitrag zu den Opfern, die der Krieg von ihm verlangt. Sie haben sich bisher in erträglichen Grenzen gehalten, und es wird dafür Sorge getroffen, daß sie keine weitere Ausdehnung erfahren. Im übrigen aber ist es Pflicht des Verkäufers, alle sonst bei ihm vielleicht bestehenden Preissteigerungswünsche zurückzustellen und vom Verbraucher fernzuhalten. Von ihm wird verlangt, daß er im Kriege seine Pflicht an seinem Platz erfüllt und nicht den Versuch macht, in Form von Preissteigerungen für sich einen besonderen Lohn für seine Arbeit zu erzielen, den er vor dem Kriege nicht erhalten hätte. Auch der Verkäufer muß im übrigen soweit wie möglich Opfer bringen, um den Käufer vor Preissteigerungen zu schützen. Feste Löhne und feste Preise gebühren zusammen. Auf dieser sicheren Grundlage ruht das Vertrauen des deutschen Volkes in die Sicherheit seiner Währung und die Ordnung seiner Wirtschaft.

Kriegsarbeitstagung der Deutschen Arbeitsfront

Berlin, 30. April. Im Gemeinschaftshaus der Deutschen Arbeitsfront in Berlin begann am Donnerstag eine Kriegsarbeitstagung der Gauobmänner und Amtsleiter der Deutschen Arbeitsfront. Auch die Reichsfrauenführerin Frau Scholz-Klink und die Reichstreubänder der Arbeit nehmen an dieser Tagung teil.

Wahlen bei Freund und Feind

Während diese Zeilen geschrieben werden, sind im Fernen Osten Millionen von Japanern zur Wahlurne gewandert. Mitten in einem Kriege, der für die verbündete Nation des Ostens nun schon seit Jahren währt, hat die Regierung Tojo sich entschlossen, Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus des Reichstages auszuschreiben. Denn Japans Politik kennt, obwohl sie den neuen, den „kaiserlichen Weg“ geht, der eigentlich nur einen Willen kennt, dennoch noch wie vor eine Art von „parlamentarischem System“. Dabei wird freilich europäische Maßstäbe nicht unbedingt anzuwenden dürfen, die ja sowieso auf die Bräuche im Lande des Tenno nie ganz passen, auch wenn sie durch unsere Sitten berührt zu sein scheinen.

Mit dem Einbruch der neuen Zeit in den Feudalismus japanischer Ordnung war auch das Parlament zu einem Instrument der Regierung geworden, und es hat sich in mancherlei Schattierungen durchzulesen versucht, wobei zahlreiche Krankheitserscheinungen des europäischen Parlamentarismus sich auch in Japan bis in die letzten Jahre, und eben dann verstärkt, bemerkbar machten. 1937 wählten die Japaner noch im Frieden zum Abgeordnetenhaus. Dann kam der Chinakonflikt mit seinen militärischen und wirtschaftlichen Anspannungen, und es hatte den Anschein, als würden diese härter sein als der Wille zur Fortführung eines Systems, das sowieso der japanischen Verfassung nur bedingt sich einfügen konnte. Die vierjährige Legislaturperiode wäre im April 1941 abgelaufen gewesen. Der damalige Ministerpräsident Konoye wich parlamentarischen Erscheinungen aus. Er war ein Wegbereiter für den Willen des Kaisers und ließ den Reichstag möglichst überhaupt nicht zusammentreten. Er bekämpfte die Parteien, mit dem Ergebnis, daß sie in der Hauptsache in sich zusammenfielen und keinerlei Kern für neue Bildungen dieser Art zurückließen.

Als Tojo den Parteien in der Regierung ablöste, löste es um so nachteiliger, daß er sich an diese Politik anschließen würde, da man ihn ja ohnehin als „Militärdiktator“ bezeichnete. Um so überraschender war die Tatsache, daß seit seinem Amtsantritt die japanischen Kammern häufiger einberufen wurden, und nachdem sie bisher als mitunter lärmendes Element der Regierung gewirkt hatten, sich nun als eine durchaus nützliche und, was das wesentlichste war, als eine Einwirkung erwiesen, die sich dem Willen Tojos einzuordnen wußte und an der Gestaltung des Kriegsgeschehens Japan eifrig mitarbeitete. Dem kamen natürlich in der letzten Zeit die gewaltigen Siege des Reiches der aufgehenden Sonne entgegen, so daß Tojo keinen Anlaß sah, die Neuwahlen, die bereits im April 1941 stattfinden sollten, weiter hinauszuschieben.

Sie sind dann auch auf den 30. April 1942 ausgeschrieben worden. Freilich unter ganz anderen Vorzeichen, als man sie in parlamentarisch geführten Ländern alten Stils gewohnt war. Es gab ja keine Parteien mehr, und also keine Stelle, die Kandidaten ernennen konnte. Also griff die Regierung hier selbst ein und berief einen Ausschuss unter der Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten General Abe ein, der die notwendig werdenden 488 Kandidaten für den Reichstag empfehlen sollte. Schon bald zeigte sich aber, daß es in diesen gewissermaßen als Vertrauensmänner der Regierung zu betrachtenden Männern auch andere gab für die Wahl bereitstellten. Und schon vor Wochen konnten wir mitteilen, daß sich über tausend Bewerber um einen Reichstagsplatz gemeldet hatten, so daß es trotz des Fehlens von Parteien nun dennoch Wahlen zwischen den verschiedensten Anwärtern geben konnte. Insgesamt betrug ihre Zahl vor Beginn der Wahlen 1080. Da 122 Wahlkreise vorhanden sind, so wird überall mindestens die Entscheidung zwischen zwei Personen getroffen werden, in Osaka muß sie zwischen fünf Kandidaten erfolgen, in Tokio, wo 82 Abgeordnete zu wählen sind, stehen dafür 100 Anwärter bereit. Sogar Minister der gegenwärtigen Regierung haben sich gemeldet, obwohl diese selbst sich unabhängig vom Parlament hält und keine Dedung durch seine Beschlüsse verlangt oder erwartet.

Nun wäre es falsch, etwa nach abgeknüpftem europäischem Rezept anzunehmen, daß bei den jetzigen Wahlen in Japan politische oder wirtschaftliche Stimmungen um das Ueber-



Links:

An der Ostfront

Lieber unseren Stellungen wurden von den Sowjets Bomben an Fallschirmen abgeworfen, die für ihre eigenen, von unseren Truppen eingehüllten Formationen bestimmt waren und die Lebensmittel, Lebersteifeln und Behälter enthielten.

PJK-Auth.: Kriegsberichtler Mentzschel (P32)

Rechts:

Das „Stont-Abreißbuch“

Dazu ist das geschlossene Sowjetpanzer noch näher zuverfügung und überflüssig zu stellen bis an ihm angebrachten Schilder Ausschüß

Auth.: Scherl Bilderdienst, Berlin

